



**POLIZEI**

**PERSONALVERTRETUNG**  
*Fachausschuss für die Bediensteten der  
Landespolizeidirektion Niederösterreich*  
3100 St. Pölten, Neue Herrengasse 15  
Tel.: 059133/30-1900 Fax: 1910

St Pölten, am 29. Juli 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zahlreiche Anrufe haben uns als Personalvertreter und Gewerkschafter in den letzten Stunden, Tagen und Wochen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik erreicht.

Dies deshalb, weil die Situation innerhalb der Polizei bereits unerträglich ist.

Am 20. Juli trat die Änderung des Fremdenrechtsänderungsgesetzes in Kraft. Da das BMI die Verteilerzentren in den Bundesländern nicht RECHTZEITIG errichtete, brachte diese Änderung für die Kolleginnen und Kollegen in NÖ letztendlich nur ein MEHR an Aufgaben und Tätigkeiten.

Zusätzliche Streifendienste in Traiskirchen, Abkommandierungen von EE-Kräften nach Traiskirchen, Transportfahrten u.v.m. sorgten dafür, dass letztendlich jeder Polizist und jede Polizistin in NÖ auf irgendeine Weise mit dem Thema „Asyl“ konfrontiert wurde.

Durch die Schaffung der Polizeiinspektionen mit Schwerpunkt Asyl am 20. Juli, (Marchegg, Bad Deutsch Altenburg, Schwechat, St. Pölten und letztlich auch Traiskirchen) war die Hoffnung groß, eine Entlastung der Betreuungsstelle Traiskirchen zu schaffen. Leider funktioniert es nicht so, wie man es sich erwünscht hätte.

Den Praktikern vor Ort und auch uns war klar, dass dieses System nur dann funktionieren kann, wenn die neuerlichen Flüchtlinge aus dem Bundesland NÖ in andere Bundesländer überstellt werden.

**Wir bemühen uns um LÖSUNGEN!**

Damit nicht der Eindruck bei euch entsteht, dass der FA – NÖ NICHTS unternimmt, möchten wir euch mitteilen, dass wir **überfraktionell** ständig in Verhandlungen mit den Verantwortlichen in der LPD sind um schrittweise Verbesserungen in der Asylproblematik zu erreichen.

## **MACHEN WIR KEINE ASYLPOLITIK MACHEN WIR POLIZEIARBEIT**

Wir, als Polizistinnen und Polizisten können die Asylpolitik nicht ändern. Dafür ist die Politik verantwortlich. Auch in diese Richtung sind wir tätig und drängen auf eine raschere Lösung.

Wir müssen jetzt an UNSERE Kolleginnen und Kollegen denken. Katastrophale Arbeitsbedingungen, Schutz vor ansteckenden Krankheiten u.v.m. sind zu verbessern!

Das alles hat oberste Priorität für uns.

Mit Massenzuteilungen – gleich mal 6 Monate - aus dem Rest NÖ werden wir das nicht „stemmen“.

Von der Personalvertretung wurde daher gefordert, durch eine Aufteilung der Asylwerber auf die restlichen Bundesländer, eine Erleichterung für NÖ zu schaffen.

**Das BMI hat unsere Forderung ernst genommen und eine Umsetzung bereits mittels Erlass angeordnet:**

***„Die LPD NÖ wurde verpflichtet, Rückstände die nicht innerhalb von 48 Stunden abgearbeitet werden können, dem jeweiligen OVD, der LPD Steiermark, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg (in dieser Reihenfolge), bekanntzugeben. Von dort sind die weiteren Verfügungen zur Abarbeitung dieser Anträge zu veranlassen.“***

Personalvertretung und Polizeigewerkschaft fordern daher alle politischen Verantwortungsträger von Bund und Länder bis hin zu den Flüchtlingsinstitutionen auf, dahingehend positiv einzuwirken, um die POLIZEI zu entlasten.

**Wir möchten uns bei euch Allen für die bereits erbrachten Dienstleistungen bedanken und bitten weiterhin um euren Einsatz und tatkräftige Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen bei der gemeinsamen Bewältigung im Bereich des Asylwesens.**

**Für den Fachausschuss NÖ  
Eure Personalvertreter**



*Hannes  
Luef*

*Günter  
Lameraner*

*Christian  
Grümeyer*

*Franz  
Reichly*

*Martin  
Noschiel*

*Rudolf  
Simetzberger*

*Hartmut  
Schmid*

*Robert  
Rathammer*